

Sozialausgleich für Kopfpauschale kostet mindestens 35 Milliarden Euro

Das Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) der Universität zu Köln hat sich die schwarz-gelben Pläne für den unsolidarischen Umbau der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgenommen. Die Wissenschaftler haben berechnet, wie hoch eine solche Kopfpauschale bei Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge sein müsste, welchen Umfang der steuerfinanzierte Sozialausgleich hätte und welcher bürokratische Aufwand durch den schwarz-gelben Umbau für die Krankenkassen entstehen würde. Das Ergebnis: die Kopfpauschale ist ein sozial ungerechtes Milliardengrab.

In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, sich von der bisherigen solidarischen und gerechten Finanzierung der GKV zu verabschieden. Der Arbeitgeberanteil an den Versicherungsbeiträgen soll auf der Höhe des Status Quo eingefroren und der Anteil der Arbeitnehmer soll einkommensunabhängig gestaltet werden. Zu starke Belastungen von Geringverdienern soll ein Sozialausgleich abfedern. Wie das genau aussehen soll, soll eine Arbeitsgruppe unter Leitung des neuen Gesundheitsministers Rösler erarbeiten. Schon jetzt sorgen die Pläne für Zündstoff – auch in der schwarz-gelben Koalition.

Das IGKE geht von zwei Modellen für die Kopfpauschale aus:

MODELL 1: Jedes Mitglied der GKV bezahlt die Pauschale (die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Familienangehörigen bleibt erhalten).

MODELL 2: Alle erwachsenen Versicherten der GKV bezahlen die Pauschale inklusive der Ehepartner (nur Kinder bis 18 Jahren bleiben ausgenommen).

Auf Grundlage der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds – für 2011 geschätzte 180 Milliarden Euro – errechnet das IGKE, dass abzüglich des Steuerzuschusses von 14 Milliarden unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils rund 88 Milliarden Euro über die Pauschale erbracht werden müssten. Die soll ja nach dem Willen von Union und FDP für die Reinigungskraft genauso hoch sein wie für den Bankdirektor. Nach Modell 1 wären es 145 Euro und nach Modell 2 125 Euro pro Monat. Diese Pauschalen müssten auch von den Rentnerinnen und Rentnern gezahlt werden.

Für den Ausgleich der Belastungen von Geringverdienern durch die Kopfpauschale geht das IGKE von einer Grenze von 8 Prozent des Einkommens aus. Nach der Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels des DIW wären davon 35,95 Millionen Menschen, also 71 Prozent der GKV-Mitglieder betroffen. Nach Modell 1 wären für den Sozialausgleich zusätzliche Steuermittel in Höhe von 35,66 Milliarden Euro notwendig. Nach Modell 2 wären 40 Millionen Menschen betroffen und es würden 38,66 Milliarden Euro für den Ausgleich aus Steuergeldern nötig. Dazu kämen jeweils Steuermittel in Höhe von 14 Milliarden Euro, die bereits heute bereit gestellt werden, um den Krankenkassen Ausgaben für familienpolitische Leistungen zu erstatten. Durch weitere Kostensteigerungen im Gesundheitssystem, die nach Schwarz-Gelb nun allein durch die Versicherten getragen werden müssen, erhöhen sich die Kopfpauschalen entsprechend und somit auch der Bedarf an steuerfinanziertem Sozialausgleich.

Rentner/innen, Bezieher/innen niedriger Einkommen, Studierende und Teile der Familien werden durch die Kopfpauschale mehr Lasten zu tragen haben als die, die es eigentlich schultern könnten. Wenn sie sozialen Ausgleich beantragen, haben sie auch einen großen bürokratischen Aufwand zu bewältigen. Besonders hart betroffen sind Menschen, die monatlich schwankende Einkünfte haben. Sie würden den sozialen Ausgleich erst ein Jahr später erhalten. Überhaupt kommt das IGKE zu dem Ergebnis, dass die Einführung der Prämien zu einem teuren bürokratischen Monster führt. Auch müsste ein vollkommen neues Einzugsystem aufgebaut werden.

Am Ende stellt sich die Frage, wie Schwarz-Gelb bei gleichzeitig angekündigten Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro pro Jahr den Sozialausgleich finanzieren will. Damit ist klar, die Einführung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch volkswirtschaftlich total unrentabel.

Autoren der IGKE-Berechnungen sind: K. LAUTERBACH, M. LÜNGEN, G. BÜSCHER